



Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend

82. Sitzung (öffentlich)

4. Mai 2016

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:00 Uhr

Vorsitz: Andrea Asch (GRÜNE) (Stellv. Vorsitzende)

Protokoll: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **5**

1 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW) **6**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380

Vorlage 16/3791

APr 16/1189

– Abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den
Innenausschuss

– Aussprache

Der Ausschuss verständigt sich nach kurzer Aussprache
darauf, den Gesetzentwurf der Landesregierung (Drucksache

16/10380) ohne Votum an den federführenden Innen-
ausschuss zurückzugeben.

2 Gelingende Integration von Flüchtlingen. Ein Integrationsplan für NRW.

7

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/11229

Änderungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11318 – Neudruck

APr 16/1240

– Auswertung der Anhörung

– Aussprache

Der Ausschuss verständigt sich nach seiner Aussprache einvernehmlich darauf, in seiner heutigen Sitzung noch keine Auswertung der Anhörung vorzunehmen, weil das Anhörungsprotokoll noch nicht vorliegt. Die Vorsitzende des AFKJ wird die Vorsitzende des federführenden Ausschusses darum bitten, ein Obleutegespräch zu organisieren.

3 Zukunft für und mit Kindern und Jugendlichen gestalten: Planungssicherheit für die Träger der Kinder- und Jugendarbeit erhöhen!

10

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11696

Der Ausschuss verständigt sich nach Antragstellung durch die CDU-Fraktion einvernehmlich darauf, zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung durchzuführen.

4 Auch betriebliche Kindertageseinrichtungen sind förderungswürdig! 11

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11700

Der Ausschuss verständigt sich nach Antragstellung durch die FDP-Fraktion ohne weitere Aussprache einvernehmlich darauf, zum Thema des Tagesordnungspunktes eine Anhörung durchzuführen.

5 Abschied von der Arbeitsgesellschaft: Im Informationszeitalter brauchen wir eine Volksabstimmung über das bedingungslose Grundeinkommen 12

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11692

– Aussprache

6 Wir hier – Jugendverbände und Jugendringe in Kommunalen Bildungslandschaften 14

– Bericht durch Vertreter des Landesjugendringes

– Roland Mecklenburg (Landesjugendring NRW) berichtet

– Aussprache

7 Stand „Umsetzung und Weiterentwicklung des Gender-Mainstreaming Ansatzes in der Landesverwaltung“ 30

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 16/3812

Zum Bericht der Landesregierung Vorlage 16/3812 besteht seitens des Ausschusses kein Diskussionsbedarf.

8 Verschiedenes

31

a) Berichte der Landesregierung zum Thema „Gewaltprävention“

b) Protokollfertigstellung

* * *

**1 Dienstrechtsmodernisierungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
(Dienstrechtsmodernisierungsgesetz – DRModG NRW)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/10380

Vorlage 16/3791

APr 16/1189

– Abschließende Beratung und Abstimmung mit Votum an den Innenausschuss

Stellvertretende Vorsitzende Andrea Asch weist zunächst auf das für die heutige Sitzung vorgesehene Beratungsverfahren hin. Der Ausschuss wolle heute abschließend beraten und abstimmen. Das Votum solle an den federführenden Innenausschuss weitergeleitet werden.

Ingrid Hack (SPD) schlägt vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung ohne Votum an den Innenausschuss zurückzugeben.

Bernhard Tenhumberg (CDU) kommt auf das Ausschussprotokoll der Anhörung zu sprechen, dem zu entnehmen sei, dass zumindest alle gewerkschaftlichen Vertreter dem angeblichen Konsens in vielen Fragen widersprochen hätten sowie der Art und Weise ihrer Information und Beteiligung.

Beispielsweise sähen die gewerkschaftlichen Vertreter den Aspekt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf völlig anders als der Innenminister. Er bedauere für seine Fraktion, dass keine weitergehenden Schritte eingeleitet oder zusätzliche Anreize gesetzt worden seien. Die CDU-Fraktion würde, wenn sie eine Entscheidung zu treffen hätte, im hiesigen Ausschuss den Gesetzentwurf ablehnen.

Der Ausschuss verständigt sich nach kurzer Aussprache darauf, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/10380 ohne Votum an den federführenden Innenausschuss zurückzugeben.

